

BLICKPUNKT

Kommunales Mitteilungsblatt der DKP Heidenheim
V.i.S.d.P DKP Heidenheim R. Püschel

BLICKPUNKT Nr. 10

Dezember 2004

Jahrgang 33

CDU bricht Zusage

**Ihre Beschlüsse von gestern sind heute nichts mehr wert.
Kommt Veranstaltungshalle auf den Schlossberg?**

Die Katze ließ der CDU-Fraktionsvorsitzende Lehmann in seiner Rede zum Haushalt 2005 aus dem Sack. Obrigkeitstreu zu OB Ilg (CDU) plädierte die kommunale CDU für eine Veranstaltungshalle mit Hotel auf dem Henne-Gelände. Eingeholte Gutachten, gebildete Arbeitskreise und Besichtigungsfahrten für eine Veranstaltungshalle in den Seewiesen, alles für die Katz?

Nichts mit dem Versprechen von 2003 an die Bevölkerung, eine Veranstaltungshalle in den Seewiesen für Menschen, Musik, Messe, Match, Sport, Halle, Saal, Kultur, Freizeit Foyer und Terrasse zu schaffen. Eine Halle im Brenzpark in guter Nachbarschaft zur Landesgartenschau 2006 und nachhaltig für danach. Auch für die Katz?

Verkehrsplanung zur Entlastung der Innenstadt wird ignoriert.

Typisch für die Politik der Stadtverwaltung, des Oberbürgermeisters und der Gemeinderatsmehrheit. Sie nehmen alles so, wie es gerade kommt. Wird der OB-Vorschlag Wellness-Hotel (100 Übernachtungen) Veranstaltungshalle (1.000 Plätze) und Parkhaus erfüllt, muss der zuvor beschlossene Verkehrsentwicklungsplan, der einen Ausbau der Schlosshausrasse zum sog. Scheiteltunnel, der die Entlastung der Innenstadt verfolgte

und eine bessere Frequentierung der südlichen Hauptstraße sichert, als ein alter Hut abgeschrieben werden. Eine Schande, weil die Experten



(Büro Brenner + Münnich) in ihrer Studie unabänderlich erklärten: Eine Verkehrsentslastung für die Innenstadt ist nur mit der vollständigen Umsetzung der VEP-Planung möglich. Die überzeugenden Empfehlungen der externen Fachgremien werden nach Bezahlung guter Honorare zur Makulatur erklärt.

Sie machen immer wieder den zweiten Schritt vor dem ersten .

Auch das ist für die Stadtverwaltung und den OB, wie auch für viele Gemeinderäte typisch. Sie kennen ihre eigenen Beschlüsse nicht oder sie sind der Verwaltungsspitze gegenüber in politischer Abhängigkeit. Sie müssten sagen der Verkehrsentwicklungsplan in seiner Stufe 2, der jetzt zur Realisierung ansteht, wird zu Gunsten einer Hotelbebauung auf dem Schlossberg aufgehoben.

Die Heckentalkreuzung auszubauen, ohne zu wissen, ob der Innenstadt- und der Galgenbergtunnel überhaupt realisiert werden können, ist kommunalpolitischer Unsinn. Unsinn ist auch, die Heckentalkreuzung auszubauen, ohne zu wissen, ob der Gemeinderat den Beschluss fasst, ein Hotel mit Veranstaltungshalle samt Parkhaus auf dem Henne-Areal zu bauen. Im Übrigen haben die Heidenheimer Grünen ein Bürgerbegehren zur Durchführung eines Bürgerentscheid in der Hand, das zum Abschluss gebracht werden muss.

Will OB Ilg mit dem voreiligen Beschluss die Heckentalkreuzung auszubauen, voreilige Fakten zum Bau des Hotels auf dem Henne-Areal schaffen? Will OB Ilg mit dieser Strategie den weiteren Ausbau einer Südumgehung zur Innenstadtentlastung blockieren?

Die DKP hält an den gefassten Beschlüssen fest:

Planmäßiger Ausbau der 2. Stufe des Verkehrsentwicklungsplans.

Bau der Veranstaltungshalle in den Seewiesen

Ausbau der Heckentalkreuzung erst im Zuge des Ausbaus der Südumgehung.



Für eine Welt ohne Atomwaffen



Mayors for Peace (Bürgermeister für den Frieden) wurde 1982 von den Bürgermeistern aus Hiroshima und Nagasaki gegründet. Diese Initiative wurde weltweit angenommen. In Folge der Stationierung von Pershing Atomraketen waren in den 80er Jahren über 100 Städte und Gemeinden in Deutschland dieser Initiative beigetreten. Der Heidenheimer Gemeinderat beschloss den Beitritt am 6. November 1986. Aber, in den 90er Jahren schiefen viele der Aktivitäten

wieder ein. Nur wenige Städte blieben aktiv. Dennoch: Mayors for Peace verabschiedete immer wieder Reso-



Friedenskundgebung auf dem Eugen-Jaekle-Platz gegen den Krieg im Irak

lutionen, gegen den Irak-Krieg, gegen den Einsatz von Uranmunition und gegen nukleare Aufrüstungspläne.

In dieser Phase erhielt Mayors for Peace 1992 als Nichtregierungsorganisation beratenden Status im Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen. Eine neue Ebene der Aktivitäten betrat Bürgermeister Akiba aus Hiroshima 2002 in Genf vor der Vorbereitungscommission für die Überprüfungs-konferenz des Atomwaffensperrvertrages. Seine Forderung an die Staaten war, 2005 mit Verhandlungen über eine Nuklearwaffenkonvention zu beginnen. Der Plan begeisterte die anwesenden Gruppen. In diesem Jahr ist Bürgermeister Akiba in New York nicht mehr allein vor der Vorbereitungs-kommission aufgetreten. Er und Bürgermeister Itho aus Nagasaki führten eine 15-köpfige Delegation an. Im nächsten Jahr soll die Delegation 100 Bürgermeister umfassen. Aktionsziele

sind: Erhöhung der Mitgliederzahl auf über 1000. Tausende von Unterzeichner der Erklärung der Bürgermeister.

Weltweites Sammeln von Bausteinen für den symbolischen Schutzwall für das Völkerrecht. Delegation zur Überprüfungs-konferenz mit über 100 Bürgermeistern. 1. Mai 2005 „World Peace Fair“ – Friedensfest im

Central-Park in New York mit Teilnehmern und Transparenten aus aller Welt.

Die DKP-Heidenheim unterstützt die Dringlichkeits-kampagne der Friedensbewegung, die zum 60.Jahrestag der Atombomben-abwürfe die alten Mitglieder wieder aktivieren und neue Mitglieder hinzugewinnen will. Dazu sind Gedächtnis- und Informationsveranstaltungen wichtig als Mobilisierungselement für die direkte Einflussnahme auf die Abrüstungsverhandlungen. Denn, der Atomwaffensperrvertrag ist gefährdet!

Im Rahmen der städtischen Haushaltsberatungen steht ein Antrag der DKP, der die Stadt auffordert, eigene Aktivitäten zu entwickeln. U.a. sollen 1000 Euro im Haushalt bereitgestellt werden. So könnten z.B. Jugendliche nach New York zum internationalen Jugendfriedens-treffen fahren.



Erklärung deutscher Bürgermeister zur Abschaffung von Atomwaffen

Anfang August wurde der Öffentlichkeit eine neue Erklärung vorgestellt, die vom Trägerkreis Atomwaffen abschaffen in Abstimmung mit den Städten Hannover und Hiroshima erarbeitet wurde.

Die deutschen Bürgermeister unterstützen damit eine Entschließung der US-Konferenz der Bürgermeister vom 28. Juni 2004, die die tausend größten Städte in den Vereinigten Staaten repräsentieren. Verweisen u.a. auf folgende Tatsachen:

1. ...dass so lange wie Atomwaffen existieren, Städten der Welt die sofortige Zerstörung in einer Größenordnung droht, die die Erfahrungen von Hiroshima und Nagasaki aus dem Jahre 1945 weit überschreitet...

5. ...dass alle anderen Massenvernichtungswaffen durch internationale Vereinbarungen verboten worden sind und unter internationaler Kontrolle beseitigt werden, und die Nuklearwaffenstaaten sich zur Führung von Verhandlungen über atomare Abrüstung in gutem Glauben verpflichtet haben...

6. ...dass der internationale Gerichtshof 1996 einstimmig erklärt hat, dass alle Staaten verpflichtet sind „in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen und zum Abschluss zu bringen, die zu atomarer Abrüstung in allen ihren Aspekten unter strikter und effektiver internationaler Kontrolle führen“...

7. ...dass die Weltkonferenz der Bürgermeister für den Frieden eine internationale Kampagne gestartet hat, die die NVV-Überprüfungs-konferenz 2005 auffordert, Verhandlungen über die Eliminierung von Nuklearwaffen aufzunehmen, die bis 2010 abzuschließen und bis 2020 vollauf auszuführen sind...

10. sei beschlossen, dass die US-Konferenz der Bürgermeister solange in dieser Frage engagiert bleibt bis unsere Städte nicht mehr unter der Bedrohung atomarer Vernichtung stehen“

Mit der Erklärung wird die deutsche Regierung aufgefordert, sich auf der Überprüfungs-konferenz des Nichtverbreitungsvertrags im Mai 2005 für die sofortige Aufnahme von Verhandlungen zum Verbot und zur Abschaffung von nuklearen Waffen und Material aktiv einzusetzen, Verhandlungen über den Abzug der US-Atomwaffen von deutschem Boden zu beginnen und die nukleare Teilhabe Deutschlands aufzugeben.

Diese Erklärung kann im Internet unter www.atomwaffenfrei.de eingesehen werden.

Kindergärten eine kommunale Kernaufgabe!

Im Kindergarten fängt Integration an

Mit dem neuen Kindergartengesetz hat sich das Land Baden Württemberg von steigenden Kindergartenzuschüssen an die Kommunen durch eine festgeschriebene Pauschale befreit. Weniger Geld, so die CDU-Teufel-Regierung in Stuttgart, sei eine Stärkung der Selbstverwaltung für die Städte und Gemeinden. Mit dieser Gesetzesänderung wurde den Städten und Gemeinden zusätzliche Arbeit ohne Bezahlung übertragen.

Alles für die Familie, alles für das Kind, das sind die Worthülsen der teufelischen Sozialpolitiker der Landes-CDU. Mit festgeschriebenen Landeszuschüssen müssen die Kommunen - Vogel friss oder stirb- das Kindergartenwesen allein bewältigen.

Natürlich war es für die Stadtverwaltung und für den Gemeinderat ein Schreck, von heute auf morgen, fünf Kindergärten bzw. 19 Gruppen aus der sog. freien evangelischen Trägerschaft in kommunale Trägerschaft zu übernehmen. Die Rückgabe der Kindergärten ist nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch § 613a

ein sog. Betriebsübergang. Ein solcher Betriebsübergang garantiert für die Beschäftigten, dass alle Rechte und Pflichten für mindestens ein

Religionszugehörigkeit HDH:

evangelische MitbürgerInnen	19.343
katholische MitbürgerInnen	15.343
ohne Angabe	14.320
Sonstige	289

Urteile

Betriebsübergänge

Bei einem Betriebsübergang übernimmt der Erwerber alle Rechte und Pflichten aus den vorherigen Arbeitsverhältnissen. Will er Beschäftigten kündigen, muss er bei der Berechnung der Wartezeit (nach Paragraph 1 Kündigungsschutzgesetz) ihre Beschäftigungszeiten beim vorherigen Firmeninhaber berücksichtigen. Das gilt auch bei Teilübergängen. Ein Teilübergang setzt voraus, dass es schon beim Veräußerer einen organisatorischen selbstständigen, übertragbaren Betriebsteil gab, der vom Erwerber weitergeführt wird.

Bundesarbeitsgericht (BAG) - 8 AZR 639/02 vom 5. Februar 2004

Jahr in gewohnter Weise gesichert sind. Danach ist es der Stadt vorbehalten, inhaltliche, strukturelle und personelle Änderungen einzuleiten. Aber auch die Not gebärt Gutes. OB Ilg gewinnt dieser Kommunalisierung auch seine gute Seite ab. Es komme sogar seiner Absicht, Heidenheim zu einer familienfreundlichen Stadt zu machen, eher entgegen. Die DKP stimmt dieser Grundlinie zu. Kindergärten sind eine kommunale Kernaufgabe. So muss jetzt mit den zurückgegebenen Kindergärten, aus der Not eine Tugend gemacht werden.

Ob aber aus der Not eine Tugend wird, steht noch in den Sternen. Wie Sauerbier versucht OB Ilg die Kindergärten anderen Trägern zu übertragen. Er verschanzt sich hinter einem Prinzip, dem sog. Subsidiaritätsprinzip, das vielfach im Bereichen der Sozialpolitik Anwendung findet, aber ausgerechnet in der Kommunalpolitik und schon gar nicht im Kindergartenwesen Anwendung findet. OB Ilg dreht einfach den Spieß um. Hätte OB Ilg recht,

könnte oder müsste die Ev. Kirche einen neuen Träger aus eigener Kraft finden und übergeben. Nein, sie muss der Stadt zurückgeben, denn von der Stadt hat sie auch die Trägerschaft erhalten. Die Stadt gibt weiter, so sie will. So wird der Schuh draus. Denn die Erzieherinnen des seitherigen Kindergartens sind bei der Stadt Heidenheim als neuen Mitarbeiterinnen besser versorgt wie bei anderen sog. freien Trägern.

Kommunale Kindergärten lassen eine offene, eine religionsfreie Pädagogik zu. Sie sind unserer Meinung nach geeigneter, mit Kindern auch aus anderen Sprachkreisen und auch anderen Religionen solidarischer umzugehen. Was spricht dagegen, in Kindergärten mit muslimischen Kindern sich gegenseitig mit Spielen, Liedern und Versen aus ihren Heimatländern zu ergänzen. Von Fall zu Fall sind auch Hilfen von muslimischen Pädagogen nicht auszuschließen. Kommunale Kindergärten lassen ein überaus großes Integrationsfeld zu. In kommunalen Kindergärten lässt sich der Gedanke der Freundschaft auch mit anderen Nationalitäten gut erlebbar machen.

Weil nach unserer Verfassung Kirche und Staat getrennt sind, sind in kommunalen Kindergärten verbesserte Chancen gegeben, unterschiedliche Nationalitäten, Religionen und Traditionen tolerant und solidarisch zu vermitteln.

Kommunale Kindergärten können für die Stadt ein Gewinn sein.



Damit man draußen sieht, was drinnen geschieht!

Voith-Milliardäre sollen ihre Strasse selber bezahlen

Das Papier-Technologie-Center (PTC) macht wieder Schlagzeilen. Erinnern wir uns: Rund 40 Millionen Euro will Voith für die Verwirklichung des PTC bereitstellen. Welch eine Tat!? Aber die Herren von Voith wären keine Voith-Herren, wenn sie auch hier nicht eine Lösung für sich gefunden hätten. Um angebliche Arbeitsplätze zu

(Fortsetzung auf Seite 4)

Erhöhung der Kindergartenbeiträge ohne DKP-Stimmen

„Angleichung der Kindergartenbeiträge“, so stand es auf der Tagesordnung des Gemeinderats am 11. November 2004. Zu Wort meldeten sich auch die DKP-Stadträte: „Wir stimmen gegen die Erhöhung der Kindergartenbeiträge!“ Die Menschen sind genug mit sozialen Abgaben und Steuern belastet. Da ist jeder Euro, der dazukommt,

(Fortsetzung auf Seite 4)

(Fortsetzung von Seite 3)

retten, hat man die Voith-Beschäftigten vor die Wahl gestellt.

Mit dieser Wahl wurden die Kolleginnen und Kollegen erpresst, jährlich auf 3,5 Millionen Euro Lohn und andere Zuwendungen zu verzichten. Wer rechnen kann, der kommt immer auf das gleiche Ergebnis: In zehn Jahren haben die Kolleginnen und Kollegen das PTC selbst finanziert. Gehören tut es ihnen aber nicht.

Jetzt plant die Stadtverwaltung eine Linksabbiegespur in der Paul-Hartmann-Strasse auf das PTC-Gelände für 50 000,- Euro mitzufinanzieren. DKP-Stadtrat Reinhard Püschel brandmarkte öffentlich dieses Ansinnen. Immerhin habe die Voith-Familie ein Vermögen von 1,8 Milliarden Euro. So stands im „Manager-Magazin“. Püschel: Die Milliardäre können doch ihre Straße selbst bezahlen! Diese 50 000,- Euro könnten wahrlich besser angelegt werden. Z.B. für Heidenheims Kindergärten .



Integration und Gleichbehandlung

Unter den in Heidenheim lebenden als türkische registrierten StaatsbürgerInnen sind rund die Hälfte kurdischer Abstammung. Um den Kurden gleiche Integrationsmöglichkeiten zu gewähren beantragten die DKP Stadträte, die Kurden hinsichtlich ihrer Begegnungsstätte, so wie den Türken und anderen Gruppen, einen Mietzuschuss und einen Zuschuss für die laufende Arbeit zu gewähren. Es handelt sich um einen Zuschussbetrag von knapp 2.000,- Euro. Unter dem Gesichtspunkt, dass jetzt neu die Fußballmannschaft Türkspor e.V einen Zuschuss von 640,- Euro erhält, sollte es, so meinen die DKP Stadträte, keine Probleme bereiten, für die Integrationsarbeit der Kurden den Gleichheitsgrundsatz zu praktizieren.



Ein „Gepäcknetz“ für die Innenstadt

Um die Attraktivität der Innenstadt zu heben, aber um vor allem die Besucher der Innenstadt von Einkaufstaschen oder anderem Handgepäck wie z.B. Marktkörbe zu entlasten, damit ihr Heidenheimer Innenstadt-Aufenthalt erleichtert wird, haben die DKP Stadträte beantragt, im ehemaligen Drogeriemarkt-Müller in der Fußgängerzone eine Art „Zwischenlager“ nahe der Bushaltestelle Grabenstraße einzurichten. Im Rahmen einer Testphase, die von der Stadt Heidenheim vorfinanziert wird soll bei Bewährung die HVG und der Heidenheimer Dienstleistungs- und Handelsverein dieses „Gepäcknetz“ weiter betreiben.



(Fortsetzung von Seite 3)

zuviel. Reinhard Püschel verwies auf die hohe Massenarbeitslosigkeit und auf die Probleme, die mit Hartz IV auf die Leute noch zukommen werden.

Im Saarland hat die CDU ihre Wahlen damit gewonnen, weil sie den Wählern versprach, die Kindergartengebühren ganz abzuschaffen. Warum kann in einem Bundesland so gehandelt werden und in dem anderen nicht, wollte Püschel wissen. Oberbürgermeister B. Ilg schien in dieser Argumentation aber etwas unrechtes zu sehen und nannte Püschels Wortmeldung „scheinheilig“, denn der wollte die Beiträge auf keinen Fall erhöht wissen.

Bei den zwei Gegenstimmen der DKP wurden schließlich die Kindergartenbeiträge erhöht.



„In deutscher Naziknechtschaft zu Tode gequält“

Das war die Inschrift in Metallplättchen eingraviert, die auf den Grabkreuzen von Zwangsarbeitern auf dem Totenbergfriedhof befestigt waren. Sie sind entfernt und die Grabkreuze mit Granitafeln ersetzt worden.

Zum 60. Jahrestag der Befreiung unseres Landes vom Hitlerfaschismus, am 08. Mai 2005 durch die Anti-Hitler-Koalition, beantragten die DKP Stadträte zum Gedenken diese Inschrift in Form einer einzigen Metallplatte am Gräberfeld sichtbar anzubringen. Es gilt auch ein Zeichen gegen den aufkommenden Neofaschismus und gegen die brutalen Morde von Neonazis zu setzen. Diese Zwangsarbeiter damals wurden in deutscher Naziknechtschaft buchstäblich zu Tode gequält. „Wir müssen aus der Geschichte lernen. Faschismus darf sich nicht mehr wiederholen“. So die DKP Stadträte.



**Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
die Stadträte der DKP Heidenheim
U. Huber und R. Püschel wünschen Ihnen
alles Gute zum Jahreswechsel 2005**



Eines das wissen wir sicher, die Hartz IV-Gesetze, die zum 1. Januar in Kraft treten, werden viele Familien und Kinder, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, aber auch solche die noch im Besitz eines Arbeitsplatzes sind, durch Lohnraub und Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich in größere soziale Not stürzen. Es sei denn, wir lernen, uns gemeinsam zur Wehr zu setzen.

Weihnachtslied, chemisch gereinigt

Von Erich Kästner

Morgen, Kinder wird's was geben!
Nur wer hat, kriegt noch geschenkt.
Mutter schenkte euch das Leben.
Das genügt, wenn man's bedenkt.
Einmal kommt auch euere Zeit.
Morgen ist's noch nicht so weit.

Doch ihr dürft nicht traurig werden.
Reiche haben Armut gern.
Gänsebraten macht Beschwerden.
Puppen sind nicht mehr modern.
Morgen kommt der Weihnachtsmann.
Allerdings nur nebenan.